

Harald Stadler

Ortsvorsteher

Bornheim, den 17. Februar 2014

Pützweide 9

Telefon: 02222-1832

E-Mail: stadler-bornheim@t-online.de

Stadt Bornheim
Herrn Bürgermeister
Wolfgang Henseler
Rathausstraße 2

Herrn
Wilfried Hanft

53332 BORNHEIM

Antrag zum Tagesordnungspunkt 8, Sitzung des VPLA am 18. Februar 2014, hier: Änderungsantrag zur Vorlage 085/2014-9

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Henseler,
Sehr geehrter Herr Hanft,

mit Schreiben vom 21. Januar 2014 hatte ich folgenden Sachverhalt gemäß § 2 der Dienstanweisung für Ortsvorsteher den zuständigen Dienststellen der Stadt Bornheim gemeldet:

**Sehr geehrte Herren,
gemäß § 2 der Dienstanweisung für Ortsvorsteher möchte ich die Stadtverwaltung auf folgenden Sachverhalt aufmerksam machen:**

- **Laut Beschluss des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Bornheim (10. Januar 2013) sollte im Bereich der Straße Donnerstein zwischen Oberdorfer Weg und Schußgasse und Südstraße von Schußgasse bis Annastraße ein einseitiges Halte-/Parkverbot ausgesprochen werden. Wegen der Hanglage auf dem Donnerstein schlage ich hier die Talseite als Halte- und Parkverbotszone vor.**

Leider fehlen bis heute die Verkehrszeichen, die dieses Halte- und Parkverbot darstellen. Ich bitte um kurzfristige Veranlassung und Mitteilung per E-Mail.

- **In letzter Zeit wird verstärkt auf der Straße Oberdorfer Weg, im Kurven- und Einmündungsbereich der Berliner Straße, so geparkt, dass es hier zu einer Behinderung für alle Verkehrsteilnehmer kommt, s. Foto. Ich bitte daher entweder durch Kontrollgänge oder durch eine Beschilderung hier für eine Beseitigung der Gefahrenstelle zu sorgen.**

Ich bin bis dato davon ausgegangen, dass solche Meldungen, im Rahmen der Aufgabenstellung eines Ortsvorstehers, nicht mehr ausdrücklich als Antrag ebenfalls im zuständigen Fachausschuss gestellt werden müssen.

Deshalb hätte es im Beschlussentwurf der Verwaltung zum CDU-Antrag lauten müssen:

- „Auf Anregung des Ortsvorstehers vom 21. Januar 2014 wird diese Angelegenheit bereits im nächsten straßenverkehrsrechtlichen Anhörungsverfahren überprüft“.

Da dies aber nicht erfolgt ist, stelle ich hiermit den Antrag:

Über den Antrag der CDU-Fraktion nicht mehr abzustimmen, da die Überprüfung der Verkehrsverhältnisse im Einmündungsbereich Berliner Straße/Oberdorfer Weg bereits durch den Vorschlag des Roisdorfer Ortsvorstehers als erledigt zu betrachten ist.

Foto zum Vorschlag vom 21. Januar 2014



Insbesondere am Wochenende und nach 18 Uhr stehen dort die PKW Fahrzeuge

Mit freundlichen Grüßen

Harald Stadler